

TOPMELDUNG

FÜNF FRAGEN AN KATHRIN FÖHSE,
UNIVERSITÄT ST.GALLEN

Föhse: "Die Bestimmung zur räumlichen Eingrenzung der EVG ist unglücklich ausgefallen"

Olten/St.Gallen (energate) - Kathrin Föhse ist Rechtsanwältin und Assistenzprofessorin für Energierecht an der Universität St.Gallen. An der Stromtagung in Zürich beleuchtete sie die rechtliche Situation durch das neue Energiesgesetz. Im energate-Interview führt sie die wichtigsten Punkte noch einmal aus.

An der Stromtagung ging es auch um die Rechtssicherheit der neuen Verordnungen im Energiesgesetz. Was kommt ab 1. Januar auf die Branche zu?

Das neue Energierecht bringt zahlreiche neue Bestimmungen mit sich. In gewissen Bereichen dürfte die Rechtssicherheit steigen. In weiten Teilen scheinen die neuen Bestimmungen unproblematisch und klar. Umgekehrt gibt es aber auch heikle Bereiche, die aus meiner Sicht in der Umsetzung auf Verordnungsstufe bereits auf den ersten Blick missraten sind. Ich denke da an die Regelungen zum Eigenverbrauch (EVG) und zu den Rücklieferartefen. Die Erfahrung zeigt, dass es wohl auch noch andere Bereiche geben wird, die künftig für rote Köpfe sorgen könnten - die Praxis wird zu Tage fördern, wo das sein wird.

Sie sagten unter anderem, dass es möglich gewesen wäre, gerade bei den Punkten EVG und Rücklieferartef rechtlich mehr Klarheit zu schaffen. Wo und wie hätten Sie denn konkret angesetzt?

Aus rechtlicher Sicht sind die beiden Themenbereiche mit Blick auf die Komplexität sehr unterschiedlich. So hätten sich die Rahmenbedingungen für den Rücklieferartef auf einfache Weise relativ klar festlegen lassen. Der Vorschlag des Bundesrates knüpfte an die Preise am Terminmarkt an, was die Sache deutlich vereinfacht hätte. Nun hat der Gesetzgeber aus politischen Gründen die heutige Verordnungsbestimmung zu den Rücklieferartefen auf Gesetzesstufe gehoben - und diese

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Föhse: "Die Bestimmung zur räumlichen Eingrenzung der EVG ist unglücklich ausgefallen" 1

✚ SCHWEIZ

Ensi erteilt Leibstadt Freigabe mit verlängerten Auflagen 2
Firmen-Trio übernimmt grösste Solaranlage der Schweiz 3
Energiewende beflügelt Umweltsektor 3
Susi Partners mit neuem Chief Investment Officer 3
AEE Suisse Romandie erhält neuen Leiter 3

✚ DEUTSCHLAND

Laschet: Besser deutscher Kohle- als belgischer Atomstrom 4
Bund erweitert Förderung kommunaler E-Mobilität 4
Industrie kritisiert Zusatzkosten für KWK-Anlagen 4

🌐 EUROPA

Deutschland lehnt Preiszonen-Kompromiss ab 5

🌐 INTERNATIONAL

Weltweite Kohlenachfrage bleibt konstant 6
EDF Trading kooperiert mit Jera beim LNG-Handel 6
Förderstart in der Sahara 6

✚ INNOVATION

Sümmermann: Blockchain ermöglicht grenzübergreifendes Abrechnen 6

📈 MARKTDATEN

8

Bestimmung ist kaum verständlich und in der Anwendung sperrig. Darüber hinaus besteht materiell soweit kaum ein Unterschied zu dem, was der Bundesrat vorgeschlagen hat. Immerhin hat die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) hierzu schon eine Praxis festgelegt, an der man sich orientieren kann.

Da gibt es noch ein weiteres Problem: Der Bundesrat hat in der Verordnung noch das Kriterium der Gestehungskosten der eigenen Anlagen aufgenommen. Das kann für gewisse EVU insbesondere auf die lange Sicht einschneidend sein, weshalb die Frage rechtlich zwingend auf Gesetzesstufe hätte geklärt werden müssen. Sie ist aus meiner Sicht schon deshalb gesetzeswidrig. Obendrein entspricht es meines Erachtens nicht dem, was das Parlament gewollt hat. Solange nun aber

die im Rahmen der Stromnetzstrategie beschlossene Regel zur Durchschnittspreismethode greift, dürfte sich das Problem für einige EVU möglicherweise etwas entschärfen - soweit sie nicht in einer Long-Position sind.

Bei den EVG ist die Situation deutlich komplizierter. Was hier unglücklich ausgefallen ist, ist die Bestimmung zur räumlichen Eingrenzung der EVG. Im neuen Recht müssen die betreffenden Grundstücke aneinandergrenzen. Diese Regelung scheint plump und wird zu Problemen führen. Die Regel kann viel zu eng sein - wenn es nur um Zentimeter beim Grenzverlauf geht, wenn sich die Frage der Zulässigkeit stellt. Sie kann aber auch viel zu weit gehen. Stellen Sie sich eine lange Häuserzeile vor, die nicht durch eine Strasse unterbrochen wird. Da könnte es theoretisch Situationen geben, wo sich eine EVG über einen Kilometer hinzieht - womit de facto ein Parallelnetz geschaffen wird.

Sie stellen auch die Gesetzeskonformität der Verordnungen infrage. Worum geht es genau?

Die Gesetzeskonformität der Verordnungstexte wird in aller Regel gegeben sein. Es gibt - zumindest auf den ersten Blick - nur gerade zwei, drei Punkte, die hervorstechen. Es ist einerseits die erwähnte Regelung zum Rücklieferntarif. Auf der anderen Seite die Regelung zur Schaffung von separaten Kundengruppen für EVG. Hier gibt es ein Problem mit der Solidarität in Bezug auf die Tragung der Netzkosten im Versorgungsgebiet. Die neue Verordnung macht es mit der Grenze von 30 kVA schwierig, dieses Problem anzugehen - heute liegt diese Grenze bei zehn kVA. Die 30er Grenze scheint mir deshalb fragwürdig, weil die Entstehungsgeschichte des Gesetzes darauf hindeutet, dass das Parlament eigentlich eine etwas stärkere Mittragung von EVG an den Netzkosten wollte. Nun hat man gerade das Gegenteil gemacht.

Allerdings gibt es noch eine Sonderbestimmung, die diesem Umstand Rechnung zu tragen scheint. Diese ist nur sehr schwer verständlich. Je nach Interpretation ist sie möglicherweise gar gesetzeswidrig, sofern sie differenzierte Tarife innerhalb derselben Kundengruppe vorsehen will. Auch weitere Punkte sind schliesslich fragwürdig, dürften aber nicht zu Gerichtsverfahren führen, weil sie im Ergebnis begünstigend sind. Hier denke ich an die Erhöhung der Obergrenze für Einmalvergütungen von PV-Anlagen, die von 30 kW gemäss Gesetz auf 50 MW gemäss Verordnung angehoben wurde. Der Bundesrat hat zwar die Kompetenz höher zu gehen - aber herrje.

Die Reaktionen an der Tagung zeigten, dass tatsächlich noch wenig Klarheit unter den Teilnehmern herrscht. Haben sich die Marktteilnehmer selbst bisher zu wenig mit der Frage auseinandergesetzt?

Die Fragen, die mir in der letzten Zeit gestellt wurden, zeigen mir, dass man sich durchaus mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Aber selbstredend wird es auch hier unterschied-

liche Herangehensweisen geben. Einige werden gewisse Dinge wohl einfach auf sich zukommen lassen - auch das ist nicht in jedem Fall ein schlechter Entscheid. Die Kunst wird sein, zu wissen, wo man antizipieren beziehungsweise die Initiative ergreifen muss und wo man zunächst zuwartet.

Immer wieder stellte sich auch die wirtschaftliche Frage, welche Grösse ein EVU haben muss, um neue Geschäftsmodelle bewältigen zu können. Lässt sich hier rechtlich etwas von den neuen Verordnungen ableiten?

Die neuen Regeln dürften die EVU auf unterschiedlichen Ebenen vor neue Herausforderungen stellen. Ob es eine starke Konsolidierung geben wird, ist schwer zu sagen. Sicherlich wird es ratsam sein, bei gewissen Dingen enger zusammenzuarbeiten und allfällige Synergien zu nutzen. Dies kann bei neuen Geschäftsmodellen sein aber auch bei neuen Herausforderungen im Umgang mit neuen Marktteilnehmern oder der modernen Netzinfrastruktur. Ich denke da etwa an den Umgang mit der Datenflut, die die Smart Meter generieren werden./yb

SCHWEIZ

KERNKRAFT

Ensi erteilt Leibstadt Freigabe mit verlängerten Auflagen

Brugg (energate) - Das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) darf mit weiterhin geminderter Leistung wieder ans Netz. Das teilte das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) nach dem Ende der ordentlichen Jahresrevision des Kraftwerks mit. Die Betreibergesellschaft hatte im Februar die Brennelementeleistung und den Kerndurchfluss begrenzt, um lokale Dryouts zu vermeiden. In der Folge sank die thermische Leistung auf 86 Prozent.

Das Kraftwerk hatte 2016 bei einzelnen Elementen Oxidationen festgestellt. Während der Jahresrevision hatte der Betreiber erneut eine erweiterte visuelle Brennelementinspektion durchgeführt. "Dabei wurden keine neuen Befunde an Brennstäben festgestellt, was zeigt, dass die im Februar 2017 ergriffenen Massnahmen wirken", urteilte das Ensi. Die Ursachenforschung zu den Oxidationen geht derweil weiter. Deshalb dürfe das Kraftwerk auch erst wieder auf Volllast zurückkehren, wenn nachgewiesen sei, dass lokale Dryouts unter Volllast ausgeschlossen werden könnten.

Das KKL war am 18. September zur ordentlichen Jahresrevision abgeschaltet worden. Die Revision dauerte länger als geplant, weil das KKL wegen Qualitätssicherungsmängeln bei einem der Brennelementehersteller die betroffenen Brennelemente nicht einsetzen wollte und deshalb den Kern neu auslegen musste./df

TRANSAKTION

Firmen-Trio übernimmt grösste Solaranlage der Schweiz

Münchenstein (energate) - Eine Gemeinschaft von drei Energiefirmen besitzt künftig die grösste Solaranlage der Schweiz. Dabei handelt es sich einmal um die Ökostromproduzentin Aventron aus Münchenstein und die Basler Swiss Solar City, die das bedeutsamste virtuelle Solarkraftwerk der Schweiz aufbauen will. Dritter Partner ist der Fonds UBS Clean Energy Infrastructure Switzerland. Das Solarkraftwerk mit einer installierten Leistung von 8,3 MW befindet sich am Neuenburgersee und habe im Sommer dieses Jahres seine Leistungsfähigkeit bewiesen, teilte Aventron mit. Die Jahresproduktion beträgt rund acht Mio. kWh Solarstrom. Die Solaranlagen befinden sich auf den Dächern der Lagerhallen von Philipp Morris in der Gemeinde Onnens.

Entwickelt und gebaut hat die Anlage der Solarspezialist Soleol SA mit Sitz in Estavayer-le-Lac (FR). Nun werde die seit Dezember vergangenen Jahres in Betrieb stehende Anlage gemeinsam von Aventron und dem UBS-Fonds respektive durch die gemeinsame Tochtergesellschaft Birseck Solar und Swiss Solar City übernommen. Die drei Partner hatten unter der Führung von Aventron in einem mehrmonatigen Prozess die Anlage geprüft und bewertet sowie den gemeinsamen Erwerb strukturiert. Aventron erweitert damit sein Portfolio an Schweizer Solaranlagen auf 28 MW./df

STATISTIK

Energiewende beflügelt Umweltsektor

Neuenburg (energate) - In den vergangenen Jahren hat die Wertschöpfung des Umweltsektors nach Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) deutlich zugenommen. Sie stieg zwischen 2008 und 2016 um 30 Prozent auf 21,3 Mrd. Franken. Gemäss BFS ist diese Dynamik vor allem auf die Aktivitäten im Zusammenhang mit Energiesparmassnahmen im Gebäudebau und der Erzeugung erneuerbarer Energien zurückzuführen. 2016 betrug die Wertschöpfung in den Segmenten Erneuerbare, energetische Gebäudesanierung, Isolierarbeiten sowie Bau von Gebäuden mit niedrigem Energiebedarf 12,9 Mrd. Franken. Das entsprach einem Plus von 76 Prozent gegenüber 2008. Die Anzahl der Beschäftigten erhöhte sich um 89 Prozent auf 79.500 Vollzeitäquivalente. Im gesamten Umweltsektor belief sich die Beschäftigung im Jahr 2016 auf 150.200 Vollzeitstellen (2008: 110.700 Beschäftigte), was 3,8 Prozent der Gesamtbeschäftigung entsprochen habe (2008: 3 %)./df

WEITERE INFORMATIONEN AUF:

www.energate-messenger.ch

PERSONALIE

Susi Partners mit neuem Chief Investment Officer

Zürich/Luxemburg (energate) - Der Schweizer Fondsmanager Susi Partners AG (Susi) hat Marco van Daele zum neuen Chief Investment Officer (CIO) ernannt. Er trat am 1. September in das Unternehmen ein. Zum 1. Januar 2018 werde er das Amt des CIO von Otto von Troschke übernehmen, teilte Susi Partners mit. Dieser wird im Verwaltungsrat des Unternehmens verbleiben. Von Troschke hatte Susi mitgegründet.

Vor seinem Wechsel zu Susi war van Daele bei Brookfield Asset Management in London tätig, wo er das europäische Erneuerbare-Energien-Team aufbaute. Davor war er sieben Jahre lang im Infrastrukturteam des globalen Asset Manager Arcapita und begleitete dort Transaktionen im Infrastruktur-, Transport- und Energiesektor. Über die vergangenen zehn Jahre sei van Daele an Investitionen im Umfang von mehr als fünf Mrd. Euro beteiligt gewesen, so Susi. "Mit seinem eindrucklichen Leistungsausweis im Erneuerbare-Energien- und Infrastruktursektor bringt er die besten Voraussetzungen zur Leitung der globalen Expansion unserer Investitionsaktivitäten mit", sagte Tobias Reichmuth, CEO und Gründer von Susi Partners./df

PERSONALIE

AEE Suisse Romandie erhält neuen Leiter

Bern (energate) - Andréas von Kaenel wird neuer Leiter der AEE Suisse in der Romandie. Er übernimmt das Amt von Jérôme Christen, welcher seit 2011 für die Geschicke des Dachverbands in der Westschweiz verantwortlich ist. Von Kaenel gilt als wirtschaftsnah und soll den Verband noch stärker als Wirtschaftsverband positionieren. Dies teilte die Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE Suisse) mit. Die Ablöse erfolgt per 1. Januar 2018. Weiter soll von Kaenel die Bedeutung der AEE Suisse in der Westschweiz stärken und die Zusammenarbeit zwischen der Deutsch- und der Westschweiz intensivieren, hiess es aus Bern. Zu seinen Aufgaben gehöre zudem die Gewinnung neuer Mitglieder sowie die Gründung neuer Unternehmerinitiativen.

Von Kaenel studierte Maschinenbau an der ETH Lausanne und absolvierte einen MBA an der HEC Lausanne. Nach Stationen in diversen Industrieunternehmen in der Schweiz und in Frankreich war er zuletzt während acht Jahren im Meyer-Burger-Konzern tätig. Von Kaenel sei in der Branche bestens vernetzt, so AEE Suisse weiter über die Qualifikationen des zukünftigen Leiters Romandie.

Laut AEE Suisse hat der abtretende Leiter Christen während seiner Tätigkeit wertvolle Aufbauarbeit geleistet und den Be-

kanntheitsgrad des Dachverbands in den französischsprachigen Kantonen gesteigert. Christen, welcher 2016 ins Parlament des Kantons Waadt gewählt wurde, habe sich aufgrund seiner vielfältigen politischen Engagements dazu entschieden die Verantwortung beim Branchenverband abzugeben. /mg

DEUTSCHLAND

INTERVIEW

Laschet: Besser deutscher Kohle- als belgischer Atomstrom

Düsseldorf (energate) - Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) will Braunkohlestrom aus NRW nach Belgien liefern. So wolle er das umstrittene belgische Kernkraftwerk Tihange überflüssig machen, sagte er im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger. Die Gefahr, die von dem "maroden" Kernkraftwerk ausgehe sei deutlich höher als die Risiken durch die Kohle-Emissionen. "Meine erste Priorität ist die Abschaltung von Tihange und nicht ein schneller, unbedachter sowie unvorbereiteter Braunkohleausstieg", führte Laschet aus. Für den Ersatz von belgischem Atom- durch deutschen Braunkohlestrom müssten laut Laschet 3.000 MW Übertragungskapazität geschaffen werden. Derzeit existiert noch keine direkte Stromverbindung zwischen Deutschland und Belgien. Erst im Jahr 2020 will der Übertragungsnetzbetreiber Amprion die Kuppelleitung "Alegro" (Aachen-Liege-Electricity-Grid-Overlay) mit einer Kapazität von 1.000 MW fertig stellen.

Der aus dem nordrhein-westfälischen Münster stammende Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel (Linke) warf Laschet derweil ein "durchsichtiges Manöver" im Sinne der Braunkohle vor. Er begrüße zwar die Forderung nach einer schnellen Abschaltung des Kernkraftwerks, Stromersatzlieferung aus Kohlekraftwerken seien aber der falsche Weg. "Die Super-Gau-Risiken von Tihange und Doel mit der Klimakatastrophe vom Typ Braunkohle bekämpfen zu wollen, ist absurd und könnte direkt als Marketingvorschlag aus der RWE-Zentrale stammen", kritisierte Zdebel. Zudem warf er Laschet ein Ausbremsen der Windenergie in NRW vor. /sd

"SAUBERE LUFT"

Bund erweitert Förderung kommunaler E-Mobilität

Berlin (energate) - Die Bundesregierung fördert grüne Mobilität in Kommunen bis 2020. Städte und Kommunen können ab sofort aus einem Topf mit einer Mrd. Euro Zuschüsse für schadstoffarme Fahrzeugflotten, die Umstellung auf alternative Antriebe und mehr Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität beantragen, teilte das Umweltministerium mit. Kanzlerin

Angela Merkel (CDU) hatte nach dem zweiten sogenannten Dieselgipfel von Bund, Ländern und Kommunen angekündigt, ein für das Jahr 2018 bestehendes Sofortprogramm verstetigen zu wollen. Für das Sofortprogramm "Saubere Luft 2017-2020" wurden jetzt zwei Richtlinien aktualisiert beziehungsweise neu im Bundesanzeiger veröffentlicht: zum einen die Förderrichtlinie Elektromobilität des Verkehrsministeriums, zum anderen die neue Richtlinie "Elektro-mobil" zur Forschungsförderung der Ministerien Wirtschaft und Umwelt.

Abfall, ÖPNV, Taxis und Co.

Erstere fördere die Anschaffung von Elektrofahrzeugen und die dafür erforderliche Ladeinfrastruktur. Sie gelte für kommunale Fahrzeugflotten, beispielsweise Abfall-Entsorgungsfahrzeuge, und den Öffentlichen Personennahverkehr. Auch das Taxigewerbe und Carsharing-Unternehmen würden gefördert. Antragsberechtigt seien neben Kommunen zudem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, zum Beispiel Lieferdienste, Handwerker, soziale Kranken- und Pflegedienste - wenn diese Teil eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes sind. Denjenigen ohne Zusammenhang zu solch einem Konzept steht eine Förderung über die "Elektro-mobil"-Richtlinie offen. Zudem habe man das Antrags- und Bewilligungsverfahren vereinfacht und werde das Förderprogramm finanziell aufstocken, so das Ministerium. Anträge könnten ab sofort bis 31. Januar 2018 eingereicht werden.

Elektroauto-Batterien und das Stromnetz

"Elektro-mobil" solle insbesondere Forschung und Entwicklung im Bereich Elektromobilität voranbringen, mit dem Ziel, hier die energie- und klimapolitischen Potenziale zu erschließen und gleichzeitig die Wettbewerbsposition deutscher Industriebranchen zu stärken. Im Rahmen des Sofortprogramms würden ausserdem eine Reihe weiterer Anwendungen gefördert, so zum Beispiel Projekte zur Verbesserung von Ladekomfort, Verfügbarkeit und Auslastung von Ladeinfrastruktur oder zur intelligenten Anbindung mobiler Elektroauto-Batterien an das Stromnetz, etwa durch Lastmanagement. Ein konkretisierender Förderaufruf folge, heisst es. Alle Massnahmen sollen bis 2020 ihre Wirkung entfalten. /dz

EEG-UMLAGE

Industrie kritisiert Zusatzkosten für KWK-Anlagen

Berlin (energate) - Industrieunternehmen schlagen Alarm, da ungeplante Ausgaben für ihre KWK-Eigenversorgung auf sie zukommen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat versäumt, mit der EU-Kommission eine Verlängerung der EEG-Rabatte für neue Kraftwerke (ab August 2014) unterschriftsreif zu bekommen. Ab Januar müssen die Unternehmen deshalb voraussichtlich die volle EEG-Umlage auf ihren eigen erzeugten

Strom zahlen, statt bisher nur 40 Prozent. Dies bedeutet einen Sprung um vier Cent auf 6,88 Cent/kWh. Brüssel kritisiert eine "Überföderung" in H6he von mehr als 30 Prozent bei einzelnen Anlagentypen - insbesondere bei gr6sseren Anlagen 6ber 1 MW mit hohem Eigenstromanteil, wie energate aus Branchenkreisen erfuhr.

Industrieunternehmen und Anlagenbetreiber sind verärgert. "Unternehmen haben seit Erlass und Genehmigung der Entlastungsregel 2014 im Vertrauen auf deren Bestand in moderne KWK-Anlagen investiert. Der pl6tzliche Schwenk ersch6utert dieses Vertrauen schwer", kritisierte BDI-Hauptgeschäftsf6hrer Joachim Lang. Die Bundesregierung stehe nun unabh6ngig vom Stand der Regierungsbildung in der Pflicht, sehr rasch gemeinsam mit der EU-Kommission eine dauerhaft tragf6hige L6sung zu finden. Dies sieht die KWK-Branche selbst 6hnlich. "Wir sind sauer, dass das nicht geklappt hat", sagte Heinz Ullrich Brosziewski, Vizepr6sident des BKWK zu energate. Aus Berlin sei bisher das Signal gekommen, dass die Verl6ngerung der Ausnahmen kein Problem darstelle. Bei den echten Eigenzeugern k6nnte es bei Wegfall der Ausnahme nun Jahre l6nger dauern, bis die Anlage ins Geld kommt. Ein kurzfristiges Abschalten sei meist keine sinnvolle Alternative, da die Kapitalkosten unverändert weiterlaufen. Brosziewski, der in seinem eigenen B6ro berät, projiziert und Gutachten schreibt, empfiehlt daher den Mittelst6ndlern, die beweglichen Kosten genau unter die Lupe zu nehmen. Bis zu 10.000 Betriebe k6nnten nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) betroffen sein.

Contractoren sind st6rker betroffen

Noch h6rter k6nnte es die Contractoren treffen, die Pacht- und Betriebsf6hrungsmodelle f6r die kleineren Unternehmen anbieten, die sich keine eigene Anlage leisten k6nnen oder wollen. Bei den Konditionen f6r solche Modelle sei der EEG-Rabatt fest eingeplant, erl6uterte Brosziewski. Die Kritik der Industrie und der KWK-Branche ist inzwischen auch in der Politik angekommen. Der Wirtschaftsrat der CDU forderte das Bundeswirtschaftsministerium auf, sich mit Hochdruck f6r eine Einigung mit der EU-Kommission einzusetzen. "Gerade kleine und mittelst6ndische Unternehmen w6rden massiv belastet, die schon heute mit die h6chsten Strompreise in Europa zahlen", sagte Wolfgang Steiger, Generalsekret6r des CDU- Wirtschaftsrates.

F6r eine Einigung sind allerdings noch einige Hausaufgaben zu erledigen. Auf einer Infoveranstaltung des Wirtschaftsministeriums Anfang Dezember wurde deutlich, dass eine 6nderung des EEG erforderlich sein d6rfte. Nach Abstimmung mit der EU-Kommission m6sste die Novelle dann das normale parlamentarische Verfahren durchlaufen. Die Branche hofft, dass dies noch vor der Sommerpause des Bundestags abgeschlossen werden kann. Angesichts der schwierigen Regierungsbildung k6nne es aber auch bis zum Jahresende andauern, so die Bef6rchtung. Noch unklar ist, ob die Neuregelung r6ckwirkend zum 1. Januar 2018 greifen kann oder die Unternehmen auf den Kosten sitzen bleiben./mt

EU-STROMMARKT-VERORDNUNG

Deutschland lehnt Preiszonen-Kompromiss ab

Br6ssel (energate) - Deutschland sperrt sich weiterhin gegen die Pl6ne der EU f6r Mindestanforderungen an Strompreiszonen. Die Bundesregierung halte den Kompromissvorschlag der estnischen Ratspr6sidentschaft zur europ6ischen Strommarkt-Verordnung in diesem Punkt f6r nicht realisierbar. "Deutschland kann einen Zielwert von 65 Prozent f6r 2027 akzeptieren", sagte Wirtschaftsstaatssekret6r Rainer Baake auf der Verhandlungstagung des EU-Energierats zur Reform des Strommarkt-Designs. Die estnische Ratspr6sidentschaft hatte hingegen eine Mindestkapazit6t f6r den zonen6bergreifenden Stromhandel von 75 Prozent vorgeschlagen - mit dem Ziel, diese Marke schon 2024 zu erreichen.

Baake fordert realistische Zielmarken

"Der Zielwert f6r die 6ffnung der Verbindungsleitungen und die 6bergangszeit m6ssen realistisch sein", sagte Baake dazu nun in Br6ssel. "Wir d6rfen nicht die Augen vor der physischen Realit6t verschliessen", betonte der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums. Heute seien die Interkonnektoren nur zu 30 Prozent nutzbar und selbst eine Verdoppelung stelle f6r die Mitgliedstaaten mit vielen Nachbarl6ndern eine enorme Anstrengung dar.

Warnung vor Zonen-Split durch die Hintert6r

"Wir k6nnen die Entscheidungskompetenz der EU-Kommission 6ber ein Gebotszonen-Split im letzten Satz von Artikel 14

ener|gate
messenger.ch

Kennen Sie schon...

...die **ener|gate-messenger-Schweiz-App?**

Ob iOS- oder Android-Gerät:

Mit der App lesen Sie alle aktuellen Nachrichten direkt aus unserer Redaktion bequem unterwegs!

Jetzt downloaden!

www.energate-messenger.ch/app

Absatz 2 nicht akzeptieren", erklärte Baake weiter. Dort heisst es: "Abgesehen von Fällen höherer Gewalt werden Marktteilnehmer, denen Kapazitäten zugewiesen wurden, für jede Einschränkung entschädigt." Das sei ein Gebotszonen-Split durch die Hintertür, kritisierte Baake. Deutschland wäre bereit, neue Bedingungen anzunehmen, wenn die Zielwerte realistisch seien. "Wir sind sogar bereit, die Berechnung der Handelskapazitäten auf die regionalen Koordinationszentren (RSC) zu übertragen", so Baake./cs

INTERNATIONAL

IEA-BERICHT

Weltweite Kohlenachfrage bleibt konstant

Paris (energate) - Die weltweite Kohlenachfrage bleibt bis zum Jahr 2020 weitgehend konstant. Nach einer Prognose der Internationalen Energieagentur (IEA) wird sie in den kommenden fünf Jahren bei etwa 5,5 Mrd. Tonnen pro Jahr liegen. Dass die weltweite Nachfrage nicht sinke, liege vor allem an Nachfragezuwächsen in Indien und mehreren Ländern Südostasiens, darunter vor allem in Bangladesch. In allen anderen Ländern der Welt, insbesondere in China, dem derzeit weltgrößten Verbraucher, gehe der Kohlebedarf hingegen zurück. In Europa sind Deutschland und Polen weiterhin für mehr als die Hälfte des Verbrauchs verantwortlich. Für Deutschland geht die IEA aber davon aus, dass höhere CO₂-Preise und niedrigere Gaspreise demnächst zu einem Switch von Kohle zu Gas führen werden. Trotz der weltweiten Stagnation der Kohlenachfrage müssten sich die Kohlehändler auf eine hohe Preisvolatilität einstellen. Unsicherheit bestehe vor allem hinsichtlich der Umstrukturierung des Kohlesektors in China, dem Land, das für die weltweite Entwicklung der Kohlepreise ausschlaggebend sei./rl

LNG-HANDEL

EDF Trading kooperiert mit Jera beim LNG-Handel

Paris/Tokyo (energate) - Die EDF-Handelstochter EDF Trading hat einen Vertrag über LNG-Lieferungen mit dem japanischen Energiekonzern Jera abgeschlossen. Die Vereinbarung sehe den Verkauf von verflüssigtem Erdgas an EDF Trading, das dann an die europäischen LNG-Terminals ausgeliefert werde, teilte EDF mit. Der Vertrag gelte ab Juni 2018 für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren. Dafür wollen die Unternehmen ein Joint Venture namens Jera Trading gründen, an dem Jera 67 Prozent der Anteile halten werde. Die Kooperation im LNG-Sektor ist eine Erweiterung der Zusammenarbeit beider Unternehmen. "Diese Vereinbarung erweitert unsere Beziehung zu Jera, wo wir gemeinsam ein erfolgreiches Kohlebeschaf-

fungs- und Handelsgeschäft in Singapur betreiben", so John Rittenhouse, CEO von EDF Trading. EDF Trading gehört nach eigenen Angaben zu den weltweit führenden Handelsgesellschaften im LNG-Bereich und bietet eine komplette Palette von Dienstleistungen an, darunter Einkauf, Lieferung, Seefrachtlogistik, Terminalkapazität und Regasifizierung./am

"REGGANE NORD"

Förderstart in der Sahara

Hamburg (energate) - Das algerische Gasprojekt "Reggane Nord" hat die Produktion aufgenommen. In vier von sechs Gasfeldern sei am 13. Dezember die Förderung gestartet worden, teilte die Deutsche Erdöl AG (Dea) mit. Die Exploration in der algerischen Sahara wird von der Gesellschaft "Groupement Reggane Nord" durchgeführt, an der das Unternehmen mit einem Anteil von 19,5 Prozent beteiligt ist. Die weiteren Anteile liegen bei der algerischen Sonatrach (40 %), der spanischen Repsol (29,5 %) und der italienischen Edison (11,25 %). Zehn Bohrungen wurden laut Dea bereits in Betrieb genommen, weitere sollen in den nächsten Tagen folgen. Voraussichtlich im Januar werde das Feld die volle Kapazität von acht Mio. Kubikmeter Gas am Tag erreichen, teilte Repsol mit. Das Unternehmen teilt sich mit Sonatrach die Betriebsführung./tc

INNOVATION

3 FRAGEN AN DIETRICH SÜMMERMANN, MOTIONWERK

Sümmermann: Blockchain ermöglicht grenzübergreifendes Abrechnen

Essen (energate) - Der Dschungel unterschiedlicher Anbieter und Abrechnungsmodelle beim Laden von Fahrstrom ist zweifelsohne eines der Hemmnisse für die Elektromobilität. Über eine Blockchain-basierte Softwarelösung ("Share&Charge") will die Motionwerk GmbH das ändern und hat jetzt in der länderübergreifenden "Oslo2Rome-Initiative" mit Partnern wie Fortum, Innogy oder EDF die Probe aufs Exempel gemacht. energate befragte dazu Geschäftsführer Dietrich Sümmermann, Gründer und CEO von Motionwerk.

energate: Herr Sümmermann, wie verlief die gleichnamige Tour von Oslo nach Rom, wurden Ihre Erwartungen erfüllt?

Sümmermann: Die 'Oslo2Rome Tour' war sowohl für uns, als auch für unsere Partner ein voller Erfolg. Wir haben durch diesen Piloten mit unseren Partnern zeigen können, dass das Laden von Elektroautos und dessen Abrechnung über die europäischen Ländergrenzen hinweg auf Basis von Blockchain-Technologie und mit Hilfe der 'e-mobility wallet' funktioniert

und in naher Zukunft Realität werden kann. Ausserdem sind wir stolz, dass die 'Oslo2Rome Initiative' neun grosse Akteure im E-Mobility-Markt zum Testlauf für ein kooperatives, dezentrales Ladenetzwerk über Unternehmens- und Ländergrenzen hinweg zusammen bringen konnte.

energate: Welche Vorteile bietet die Blockchain konkret - sowohl Ihren Partnern als auch den Endkunden?

Sümmermann: Eine 'e-mobility wallet' basierend auf Blockchain-Technologie bietet viele Möglichkeiten: Dank seiner offenen Infrastruktur bietet die bei der 'Oslo2Rome Tour' eingesetzte Blockchain-Technologie Nutzern vor allem die Sicherheit, Fahrzeuge an allen teilnehmenden Ladepunkten laden zu können, ohne sich über den Anbieter und seine Ladebedingungen Gedanken machen zu müssen.

Mit nur einem 'e-mobility wallet' konnten die e-mobilen Tester die Ladepunkte der teilnehmenden Partner nutzen, zwischen diversen Zahlungsmöglichkeiten wählen und ihren Zahlungsverlauf jederzeit einsehen. Indem die Daten in einer Blockchain-basierten Umgebung hinterlegt und verifiziert

sind, wird ausserdem vermieden, dass nur ein Anbieter die alleinige Kontrolle über die Ladepunkte innehält. Der stetige Abgleich aller Daten sorgt für eine offene Infrastruktur mit einer Vielzahl an Tarif- und Konditionsmöglichkeiten und unterstützt die Datensicherheit. So sind wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern einen bedeutsamen Schritt in Richtung Zukunft vernetzter, emissionsloser und automatisierter Mobilität gegangen.

energate: Wo stehen Sie hinsichtlich der rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen?

Sümmermann: Nach dem erfolgreichen Piloten gemeinsam mit unseren neun starken Partnern, gilt es jetzt gemeinsam die 'Oslo2Rome Initiative' Revue passieren zu lassen und zu evaluieren. Natürlich werden wir uns in diesem Zusammenhang auch potentiellen Hürden, wie zum Beispiel den rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen widmen, die bei einer Umsetzung des Systems für den Endkunden zu klären sind.

Die Fragen stellte Daniel Zugehör, energate-Redaktion Berlin.

Weitere Nachrichten und
Marktdaten online unter
www.energate-messenger.ch.

Einfach einloggen und
weiterlesen.

ener|gate
messenger.ch

täglich.
aktuell.
informiert.

MARKTDATEN

Mehr unter www.energate-messenger.ch

AUF EINEN BLICK | Aktuelle Kurse

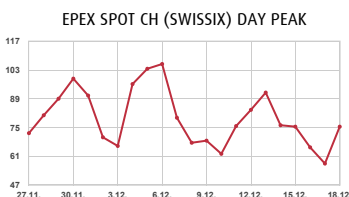
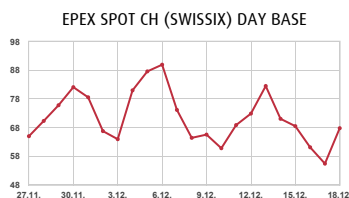
Index	Kurs	+/-	+/- in %	Währung
EPEX SPOT Day Base Schweiz	69,51	1,72	2,54%	€/MWh
EPEX SPOT Day Peak Schweiz	77,93	2,53	3,36%	€/MWh
EPEX SPOT Day Base DE/AT	60,67	5,25	9,47%	€/MWh
EPEX SPOT Day Peak DE/AT	74,13	4,18	5,98%	€/MWh
OTC-NGC Day-Ahead	21,05	-0,50	-2,32%	€/MWh
CO ₂ -Allowances 2015	-	-	-	€/Tonne
Global Coal Index	96,30	-0,55	-0,57%	\$/Tonne
Referenzkurs €/CHF	1,17	0,00	-0,15%	CHF
Referenzkurs €/USD	1,18	0,00	-0,09%	USD

* Quelle OTC Daten: Spectron

STROM EPEX SPOT Schweiz | 🇨🇭 19.12.2017

Stunde	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
1	56,59	1.641
2	54,62	1.871
3	53,49	2.040
4	53,05	2.128
5	52,77	2.010
6	55,41	1.858
7	63,95	1.688
8	78,78	3.220
9	84,40	3.321
10	81,69	3.320
11	79,18	3.114
12	76,77	2.967
13	71,67	2.929
14	71,11	3.330
15	72,03	2.848
16	74,84	2.958
17	77,02	3.699
18	85,03	3.126
19	83,60	3.237
20	77,78	3.115
21	71,62	3.017
22	65,65	2.619
23	65,97	1.787
24	61,17	1.890
		63.732

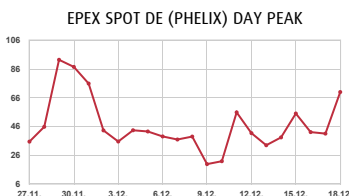
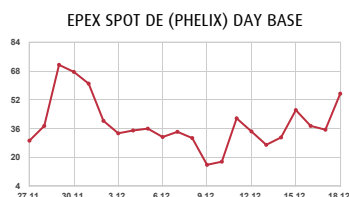
EPEX SPOT Schweiz in €/MWh | 🇨🇭



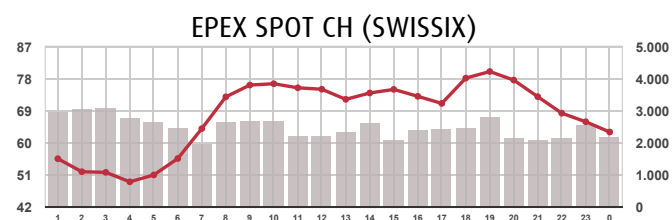
STROM EPEX SPOT DE/AT | 🇩🇪 🇦🇹 19.12.2017

Stunde	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
1	44,34	21.335
2	38,07	21.037
3	37,59	20.763
4	36,50	20.830
5	38,89	21.019
6	41,01	21.088
7	53,67	23.368
8	68,17	24.886
9	76,91	24.502
10	77,06	23.652
11	75,30	23.190
12	74,00	22.461
13	70,85	22.207
14	70,57	21.858
15	70,20	21.391
16	70,32	21.689
17	75,82	23.439
18	78,28	23.937
19	75,16	26.542
20	75,06	23.729
21	66,29	25.961
22	52,01	25.604
23	48,86	23.821
24	41,18	22.955
		551.263

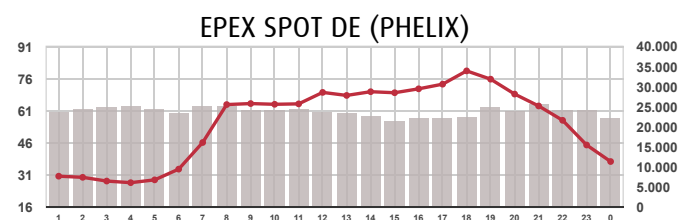
EPEX SPOT DE/AT in Euro/MWh | 🇩🇪 🇦🇹



EPEX SPOT Stundenverlauf Schweiz (Euro/MWh) / Umsätze (MWh) | 🇨🇭



EPEX SPOT Stundenverlauf DE/AT (Euro/MWh) / Umsätze (MWh) | 🇩🇪 🇦🇹



Strompreise Termin EEX - Phelix Future | Preis vom 18.12.2017

Produkt	Base			Peak		
	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)	Anzahl der Geschäfte	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)	Anzahl der Geschäfte
Dez 17	31,58	-	-	44,63	-	-
Jan 18	42,79	37.944	10	57,27	-	-
Feb 18	45,36	10.752	8	59,07	6.000	1
Mar 18	38,45	7.430	1	46,03	-	-
Apr 18	35,44	-	-	41,08	-	-
Mai 18	34,17	-	-	40,29	-	-
Jun 18	35,86	-	-	42,04	-	-
Q1/18	42,10	161.925	16	54,02	-	-
Q2/18	35,15	85.176	12	41,11	14.820	2
Q3/18	35,24	-	-	41,82	-	-
Q4/18	40,30	11.045	1	51,98	7.920	1
Q1/19	40,83	-	-	52,78	-	-
Q2/19	33,27	-	-	39,88	-	-
Q3/19	33,66	-	-	40,64	-	-
2018	38,18	227.760	9	47,25	6.264	1
2019	36,70	473.040	19	45,95	-	-
2020	36,77	8.784	1	46,23	-	-
2021	37,18	-	-	47,77	-	-
2022	38,24	-	-	49,19	-	-
2023	39,22	-	-	50,27	-	-

EEX PHELIX FUTURES JAN 18 2017 BASE



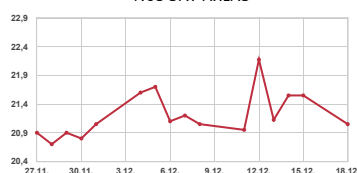
EEX PHELIX FUTURES JAHR 2018 BASE



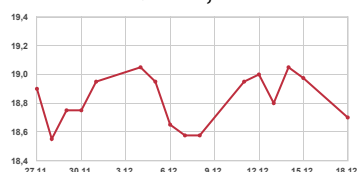
Gaspreise Marktgebiet NCG Netconnect Germany (Spectron) | Preis vom 18.12.2017

NCG	Bid	Ask
	Euro/MWh	
Day-Ahead	21,00	21,10
Weekend	20,80	20,90
Januar	20,43	20,53
Q1/18	20,30	20,40
Sommer 18	17,70	17,80
Winter 18	19,15	19,25
Kalender 2018	18,65	18,75
Kalender 2019	17,90	18,00

NCG DAY AHEAD

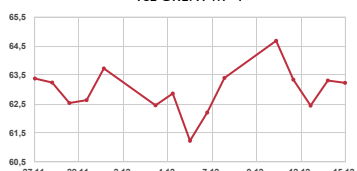


NCG KALENDERJAHR 2018



Öl in \$/Barrel | Preis vom 15.12.2017

ICE BRENT M+1



CO₂ in €/Tonne | Preis vom 18.12.2017

CO2 ALLOWANCES 2017



IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstrasse 5
D-45131 Essen

Geschäftsführung:

Marc Hüther, Dirk P. Lindgens

Chefredakteur:

Christian Seelos

Redaktion Schweiz:

Dennis Fischer, Mario Graf

Fachlicher Beirat:

Vorsitz: Prof. Dr. Stephanie Teufel
Mitglieder: Daniel Aebli, Hansueli Bircher, Dr. Matthias Bölke, Lorenz Bösch, Markus Burger, Daniela Decurtins, Dr. Roman A. Dudenhausen, Dr. Armin Eberle, Michael Frank, Frédéric Gastaldo, Christian Grasser, Dr. Patrick Hofer-Noser, Ronny Kaufmann, Peter Lehmann, Kurt Lüscher, Dr. Tobias Reichmuth, Reto Rigassi, Dr. Jörg Spicker, Dr. Walter Steinmann, Martin Tschirren

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 (0) 62.211.6307
Telefax: +41 (0) 62.211.6309
redaktion@energate.ch
www.energate-messenger.ch

Redaktionsanschrift Deutschland:

Norbertstrasse 5, D-45131 Essen
Telefon: +49 (0) 201.1022.500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Deutschland, Büro Berlin:

Joachimsthaler Str. 20, D-10719 Berlin
Telefon: +49 (0) 30.364100.401

Anzeigenverwaltung:

grassgreenmedia GmbH
Telefon: +49 89 9739 9743
anzeigen@energate.ch

Kundenservice:

Telefon: +41 (0) 62.211.6308
Telefax: +41 (0) 62.211.6309
kundenservice@energate.ch

Abonnement:

Der ener|gate messenger Schweiz erscheint werktäglich im PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 249,- CHF (zzgl. USt.) monatlich und beinhaltet zusätzlich den Vollzugriff auf unsere Internetplattform www.energate-messenger.ch mit zusätzlichen Nachrichten und Marktdaten (jeweils inklusive Archiv bzw. Historien) sowie Tools. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen des ener|gate messengers Schweiz wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des ener|gate messengers Schweiz sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811

Sitz der Gesellschaft: Essen